

A N F R A G E von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Markus Bopp (SVP, Otelfingen) und Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf)

Betreffend Durch Unterschutzstellung des Gefängnisses den Rechtsstaat aushebeln?

Den Tageszeitungen kann entnommen werden, dass die Justizvollzugsanstalt Pöschwies bzw. ihr Gemäuer unter Denkmalschutz gestellt wurde. Sie wurde in den Jahren 1981 bis 1995 errichtet und ersetzte die alte Strafanstalt von 1901.

Seit mehreren Jahren wehren sich Anwohnerinnen und Anwohner nebenan juristisch gegen die Ausweitung des Perimeters der Pöschwies. Das Baurekursgericht entschied am 15. Juli 2021 zugunsten der Anwohner und hob die Baubewilligung auf.

Die Vertretung der Anwohnerschaft hat die Dokumente bei der Kantonalen Denkmalpflege in Dübendorf gesichtet, aber keinerlei Hinweise auf die Erweiterung des Perimeters der JVA gefunden. Nun läuft ein neues Verfahren für den Perimeter, wogegen sich die Anwohner wiederum wehren.

In diesem Zusammenhang stellen sich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Welchen Einfluss hat im Falle der Pöschwies die Unterschutzstellung auf die Rechtsmittelmöglichkeiten der Anwohner, beziehend auf die Erweiterung des Perimeters?
2. Was passiert nach der Unterschutzstellung mit dem laufenden Verfahren sowie den laufenden Rekursen resp. Einsprachen zum Perimeter?
3. In welcher Form tangiert die Unterschutzstellung die Ausweitung des Perimeters?
4. Hat der Regierungsrat geplant, die örtliche Bevölkerung über die möglichen Zusammenhänge zwischen Perimeter und Unterschutzstellung zu informieren?

Stefan Schmid
Markus Bopp
Priska Hänni-Mathis